



Raus aus der Schwarzarbeit

Gute Arbeit in Privathaushalten

*Gesundheit, Soziale Dienste,
Wohlfahrt und Kirchen*



Politische Gestaltungsansätze der Beschäftigung osteuropäischer Haushaltshilfen und Pflegekräfte

Viele Familien kennen das Dilemma. Die Angehörigen sollen zu Hause gepflegt werden, aber ohne Hilfe ist das nicht zu stemmen. Deshalb leisten »private« Haushaltshilfen und Pflegekräfte aus Osteuropa in deutschen Haushalten Unterstützung. Rund 300.000 Beschäftigte stehen den Pflegebedürftigen oft rund um die Uhr zur Verfügung. Sie erledigen Arbeiten wie Kochen oder Einkaufen. Sie sorgen dafür, dass der Haushalt gemacht ist und die älteren Menschen mit ihnen Freunde besuchen oder spazieren gehen können – und sie übernehmen auch pflegerische Aufgaben. Dies alles findet in einem grauen Arbeitsmarkt statt.

Osteuropäische Haushaltshilfen und Pflegekräfte sind meist irregulär und prekär beschäftigt und werden nicht selten ausgebeutet.

ver.di nimmt die problematische Arbeitssituation dieser Beschäftigten zum Anlass, um zu fragen, wie gute Arbeit in Privathaushalten politisch gestaltet werden kann. ver.di zeigt die Probleme auf und entwickelt mögliche politische Antworten, die dazu beitragen können, Schwarzarbeit zu verhindern. ver.di führt dazu Ansätze der Pflege-, Arbeitsmarkt-, der (regionalen) Strukturpolitik und Migrationspolitik zusammen. ver.di will eine politische Debatte zur Frage der haushalts- und personenbezogenen Dienstleistungen anstoßen. Die Vorschläge richten sich an die Politik und an die interessierte Öffentlichkeit.

Es geht darum, die häusliche Versorgung und Pflege älterer Menschen zu verbessern und gute Arbeit für Beschäftigte im Privathaushalt zu sichern.

Der Bund und die Länder sind dringend gefordert, die häusliche Versorgung hilfe- und pflegebedürftiger Menschen und die Versorgungssituation ihrer Angehörigen zu gestalten. In den nächsten Jahren werden mehr und mehr haushaltsbezogene und Pflegeleistungen gebraucht, weil unsere Bevölkerung älter wird. Und es fehlen Menschen, die die Pflege und die häusliche Versorgung übernehmen können und wollen. Noch werden die meisten Menschen in Deutschland zuhause von ihren Angehörigen versorgt oder gepflegt. Doch viele können diese Pflege nicht mehr leisten, weil sie berufstätig sind, weil sie weit weg wohnen oder weil ihnen die Kräfte fehlen. Und die Familien schrumpfen. Auch deswegen wächst der Bedarf an unterstützenden Dienstleistungen. Ambulante Pflege, häusliche Unterstützung und Versorgung braucht daher mehr Arbeitskräfte und muss besser finanziert werden.



Das sind die Fakten:

Haushalte: Nahezu alle Privathaushalte mit älteren oder pflegebedürftigen Menschen benötigen Hilfen bei Besorgungen (90 Prozent) oder Hilfen im Haushalt (80 Prozent). Das bestätigen fast alle Befragungen.

Angehörige: Mehr als eine Million Angehörige versorgen ihre hilfebedürftigen Eltern, Verwandten oder Ehepartner. Viele können das nur, indem sie ihre Berufstätigkeit reduzieren. Festsustellen sind körperliche und psychische Doppelbelastungen, die zu Überforderungen führen. 83 Prozent der pflegenden Angehörigen sehen sich »stark oder sehr stark in Anspruch genommen«, das zeigt eine Studie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Der DGB-Index Gute Arbeit bestätigt dies für Beschäftigte mit Pflegeverpflichtungen.

Osteuropäische Haushaltshilfen und Pflegekräfte: Geschätzt 300.000 Migrantinnen aus Osteuropa versorgen in deutschen Haushalten alte und pflegebedürftige Menschen – zumeist ohne einen Arbeitsvertrag und ohne Sozialversicherung. Sie arbeiten als selbstständige Kräfte, auf Vermittlung einer Agentur oder werden von Pflegeeinrichtungen in Osteuropa nach Deutschland »entsandt«. Der eigentliche Arbeitgeber, nämlich der Pflegebedürftige, schließt oftmals keinen Vertrag mit seiner osteuropäischen Haushaltshilfe oder Pflegekraft. Das begünstigt die Umgehung des deutschen Arbeitsrechts, rechtlich prekäre Arbeitsverhältnisse sowie die Ausbeutung der Arbeitskraft durch unseriöse Entsendefirmen oder Vermittlungsagenturen.



Forderungen für eine bessere Pflege zu Hause

- **Wir wollen menschenwürdige und reguläre Arbeitsbedingungen für alle**, die im Privathaushalt beschäftigt sind, so wie es die Konvention 189 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) fordert.
- **Wir wollen passende rechtliche Rahmenbedingungen** für legale Angebote an haushaltsnahen und personenbezogenen Dienstleistungen, die bedarfsgerecht, leicht zugänglich, unbürokratisch und leicht handhabbar sind.
- **Wir wollen mehr Lebensqualität durch einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff.** Betreuung und Alltagshilfen und ein Leben in den eigenen vier Wänden bis ins hohe Alter müssen möglich sein.
- **Wir wollen eine bessere Finanzierung durch eine Pflegevollversicherung.** Damit ein Leben zuhause für alle Pflegebedürftigen, die das möchten, möglich ist, bedarf es eines Umstiegs auf ein qualitätssicherndes umfassendes Sachleistungsprinzip.
- **Wir wollen ausreichend und qualifizierte Fachkräfte**, damit alte und pflegebedürftige Menschen sicher und gut versorgt sind.
- **Wir wollen Beratungs- und Unterstützungsstrukturen** für pflegende Angehörige ebenso wie für Hausangestellte mit Zuwanderungsgeschichte, die in den Haushalten älterer Menschen die Versorgung im Privathaushalt sicherstellen.

Das sind die Lösungen:

Reguläre Arbeitsverhältnisse in der häuslichen Versorgung

Eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit bedeutet für die Arbeitnehmerin im Privathaushalt den größtmöglichen Schutz vor Ausbeutung, gibt ihr einklagbare Rechte und baut eine Barriere auf gegenüber unseriösen Entsendefirmen oder Vermittlungsagenturen. Die Arbeitsbedingungen haben den Standards des deutschen Arbeitsrechts zu folgen – das betrifft auch den Mindestlohn. Der gesetzliche Mindestlohn hilft die Ausbeutung von Arbeitskräften zu verhindern. Um den betroffenen Familien dennoch eine 24-Stunden-Betreuung zuhause zu ermöglichen, sollten neben Leistungen aus der Kranken- und Pflegeversicherung auch Subventionen zur Förderung der Arbeit geprüft werden, wie sie bereits aus den Haushaltsscheckmodellen in EU-Nachbarländern bekannt sind.

Veränderungen in der Arbeitsmarktpolitik und unterstützende Beratung

Um reguläre Arbeitsverhältnisse in Privathaushalten zu schaffen, brauchen ältere Menschen und ihre Angehörigen begleitende Hilfen, Förderung und Unterstützung. Da der Abschluss eines regulären Arbeitsverhältnisses nicht einfach zu organisieren ist, sind Instrumente geboten, die auf den erleichterten Abschluss von Arbeitsverträgen, finanzielle Anreize oder die Beratung und Unterstützung von Privathaushalten abzielen. Dazu schlagen wir vor:

Lohnsubventionen für die häusliche Pflegekraft. Staat oder Pflegeversicherung übernehmen einen Teil der Sozialbeiträge oder einen Lohnkostenzuschuss für ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis im Haushalt im Rahmen eines Haushaltsscheck- bzw. Gutscheinmodells. Somit würden Lohnkosten unmittelbar gesenkt und es wird möglich, dass auch weniger einkommensstarke Bevölkerungsgruppen eine Hilfe im Haushalt in Anspruch nehmen können.

Vereinfachte Verfahren für den Abschluss eines sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisses in der häuslichen Versorgung. Arbeitsverträge müssten standardisiert zur Verfügung stehen und die Privathaushalte sind bei der organisatorischen Abwicklung zu unterstützen. Hier kann auf die Erfahrung der Zentralen Auslands- und Fachvermittlung (ZAV) mit dem »Haushaltsscheckverfahren« und ebenso auf Erfahrung von seriösen Vermittlungsagenturen zurückgegriffen werden.

Finanzierungsgrundlagen überschaubarer gestalten.

Es existieren bereits vielfältige Finanzierungsmöglichkeiten für haushaltsnahe Dienstleistungen in den Sozialgesetzbüchern: Die häusliche Pflegehilfe aus der Krankenversicherung, Pflegesachleistungen und Pflegegeld aus dem SGB XI, Hilfen zur Weiterführung des Haushaltes oder das persönliche Budget im Rahmen des SGB XII. Diese sind jedoch für Angehörige und Pflegebedürftige schwer zu überblicken und zu beantragen. Transparenz und Nutzerorientierung bis hin zu Finanzierungspaketen sind nötig, die auf die Betreuungssituation in den Privathaushalten und auf die Finanzierung von Arbeit abgestellt sind.

Dienstleistungszentren und Pflegestützpunkte als Anbieter – regionale Beratung und Qualitätssicherung sind auszubauen. Die Einrichtung von regionalen Dienstleistungszentren, die beraten und unterstützen, die aber auch Dienstleistungen bündeln und qualifizieren, kann über den Ausbau der Pflegestützpunkte, in Zusammenarbeit mit Mehrgenerationenhäusern und Agenturen für Arbeit vorbereitet werden. In einer zukunftsorientierten Perspektive könnten sie zum regionalen Mittelpunkt der Koordinierung und Steuerung von Dienstleistungen in Privathaushalten werden.



Qualifizierung, Beratung und Schutz der Beschäftigten

Qualifizierung der Migrantinnen. Um Qualität in der häuslichen Pflege sicherzustellen, sind Haushaltshilfen und Pflegekräften Möglichkeiten der Qualifizierung zu eröffnen. Diese Qualifizierung kann sich an dem Tätigkeitsprofil einer »Alltagsbetreuerin« nach § 87b SGB XI orientieren. Dieses Profil ist gesetzlich abgesteckt und könnte ihre Tätigkeit sowohl im Lohngefüge als auch im Arbeitsmarkt einordnen. Allerdings ist es auf den ambulanten Bereich auszuweiten. Eine gute Möglichkeit dazu: die Umsetzung des »Pflegebedürftigkeitsbegriffs«.

Menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte. Die Formulierung von offiziellen Leitlinien für die Beschäftigung von Haushaltshilfen und Pflegekräften im Privathaushalt sind notwendig. Dazu gehören die Zahlung des gesetzlichen Mindestlohnes, die Regelung von Arbeitszeiten, die Definition der zu leistenden Arbeit und damit die Einhaltung aller von der ILO geforderten Arbeitsschutzbestimmungen für Hausangestellte.

Beratungsangebote in den Herkunftsländern und Deutschland ausweiten. Schon in den Herkunftsländern muss über Arbeitsbedingungen in den Zielländern, rechtssichere Arbeitsverträge, Mindestlöhne sowie Rechte, Pflichten und Schutz im Arbeitsrecht aufgeklärt werden.

Dazu sind in Deutschland die vorhandenen Beratungsstellen von Gewerkschaften, die EURES-Agenturen in den Grenzregionen (Bundesagentur für Arbeit) oder solche von Wohlfahrtseinrichtungen weiter zu entwickeln, dauerhaft zu finanzieren und mit weiteren staatlichen Initiativen zu verknüpfen.

Dubiose Vermittlungsagenturen stoppen. Entsende- und Leiharbeitsfirmen aus dem europäischen Ausland dominieren diesen Markt. Dabei nutzen sie das europäische Recht, um die Schutzbestimmungen des deutschen Arbeitsrechts zu umgehen. Diese Vermittlung muss dringend gestoppt und durch qualitative Standards reguliert und kontrolliert werden. Das fordert auch die ILO-Konvention in Artikel 17. Wir brauchen einen Qualitätscheck und eine Anbindung an die Arbeitsagenturen.

Häusliche Versorgung braucht einen Paradigmenwechsel!

Unsere gesellschaftlichen Veränderungen machen einen Paradigmenwechsel in der Dienstleistungsarbeit im Privathaushalt nötig. Der private Haushalt ist als Arbeitsplatz und als Arbeitgeber zu betrachten. Zur Wahrnehmung der Arbeitgeberaufgaben sind finanzielle Hilfen, Standardisierung und Beratung nötig. Für die Haushaltshilfen und Pflegekräfte steht die Integration in den ersten Arbeitsmarkt auf der Tagesordnung. Dies ist eine Aufgabe der Bundespolitik aber auch der Kommunen und Gebietskörperschaften. Beide können wichtige Aufgaben für die Gestaltung einer guten häuslichen Versorgung älterer Menschen übernehmen und zugleich den grauen Arbeitsmarkt in der Pflege regulieren.

Diese Vorschläge und Forderungen bringen gute Lösungen für alle – für Pflegebedürftige in den Familien, für pflegende Angehörige, für Haushaltshilfen und Pflegekräfte aus Osteuropa – und letztlich auch für Arbeitgeber und Sozialversicherungen.



Raus aus der Schwarzarbeit

Gute Arbeit in Privathaushalten

Weitergehende Informationen:

Broschüre

»... raus aus der Schwarzarbeit
Gute Arbeit in Privathaushalten«
DIN A4, 40 Seiten

Download unter:

www.arbeitsmarkt-und-sozialpolitik.verdi.de
www.gesundheit-soziales.verdi.de



Mehr von uns ist besser für alle
www.mitgliedwerden.verdi.de